

## Hintergrund: USA

Nr. 11 / 17. Februar 2015



# Der 114. US-Kongress – Themen und Köpfe, die 2015 interessant werden

Iris Froeba

---

*Anfang Januar kam der im November 2014 neu gewählte Kongress erstmalig zusammen. Ein Drittel der Sitze des Senats und alle 435 Sitze im Repräsentantenhaus hatten bei den „Midterm Elections“ zur Wahl gestanden. Die Demokraten erlitten eine schwere Niederlage: Im Repräsentantenhaus, das ohnehin schon in republikanischer Hand war, büßten sie weitere 15 Sitze ein; im Senat verloren die Demokraten ihre Mehrheit, mehrere wichtige Gouverneursposten mussten an Republikaner abgegeben werden. Mit ihren Mehrheiten im Kongress werden die republikanischen Mandatsträger die Agenda der kommenden zwei Jahre verstärkt beeinflussen.*

### Die ‚Hot Topics‘ US-amerikanischer Politik

Als Mehrheitspartei kann die *Grand Old Party* (GOP) Gesetzesvorhaben zukünftig leichter durch den Kongress bringen. Dennoch sind sie auf die Demokraten angewiesen. Um ein Gesetz zu verabschieden, reicht formal zwar eine einfache Mehrheit von 51 Stimmen, die Minderheitspartei besitzt aber die Möglichkeit, mit der Taktik des *Filibusters*<sup>1</sup> Gesetzesvorhaben der Mehrheitsfraktion aufzuschieben oder gar komplett zu blockieren. Um eine solche Blockade aufzulösen, ist ein Stimmenüberhang von sechzig Stimmen nötig. Darüber hinaus kann Obama den Republikanern noch auf andere Weise in die Quere kommen: Mit seinem Veto kann er Gesetzesvorhaben ablehnen, die bereits von beiden Kammern des Kongresses mehrheitlich verabschiedet wurden. Um erfolgreiche Arbeit zu leisten, müssen also beide Seiten aufeinander zugehen. Obwohl die republikanische Führung angekündigt hat, sich künftig einsichtiger zu zeigen, lassen die Kernthemen darauf schließen, dass es zwischen Obama und dem neuen Kongress weiterhin erhebliche Differenzen geben wird:

---

<sup>1</sup> eine im US-amerikanischen Senat angewandte Praktik, durch „Marathonreden“ Parlamentsbeschlüsse zu verzögern oder zu verhindern.

### Keystone XL Pipeline – das Prestigeprojekt der Republikaner

Die *Keystone XL Pipeline* soll künftig Öl von Kanada nach Texas transportieren. Die Umsetzung des Bauprojekts will die *GOP* per Gesetz erzwingen. Republikaner, Ölindustrie und Gewerkschaften werben mit neuen Arbeitsplätzen und der Energieunabhängigkeit der USA gegenüber dem Mittleren und Nahen Osten. Umweltschützer und Präsident Obama verbinden die Pipeline in erster Linie mit hohen Umweltrisiken.

Das Repräsentantenhaus hatte den Bau der umstrittenen Öl-Pipeline schon im vergangenen Jahr gebilligt. Unter republikanischer Führung hat nun auch der Senat für den unverzüglichen Bau gestimmt. Darunter waren auch neun demokratische Befürworter. Der erste Spatenstich ist allerdings noch lange nicht in Sicht, denn Obama hat angekündigt, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen. Um das Veto des Präsidenten abzulehnen, bräuchten die Republikaner wiederum eine Zwei-Drittel-Mehrheit, über die sie zurzeit aber weder im Repräsentantenhaus noch im Senat verfügen.

### Gesundheitsreform – Streitthema Nummer eins

Ginge es nach den Republikanern, wäre Obamas *Affordable Care Act* – auch *Obamacare* genannt – längst Geschichte. In den letzten zwei Jahren haben sie über 50 Mal über die komplette oder teilweise Aufhebung der Gesundheitsreform abgestimmt. Zuletzt wurde Anfang Februar 2015 über ein Gesetz zur vollständigen Aufhebung abgestimmt. Ein solches Gesetz würde es allerdings nicht durch den Senat schaffen. Dafür reichen die republikanischen Mehrheiten nicht aus. Hinzu kommt, dass die Demokraten eine vollständige Aufhebung niemals zulassen würden und Obama bereits mit seinem Veto gedroht hat. Die Abstimmungen haben also einen rein symbolischen Charakter: Die Abgeordneten können ihren Standpunkt betonen und den Wählern beweisen, dass sie ihrem Wahlversprechen nachkommen, *Obamacare* komplett aufzuheben.

Da die vollständige Aufhebung unrealistisch ist, verfolgen die Republikaner jetzt die Strategie, *Obamacare* Stück für Stück mit Gesetzesänderungen auszuhebeln. Ein erster Schritt ist die Neudefinition der Vollzeitbeschäftigung: Seit diesem Jahr muss laut *Affordable Care Act* jeder Arbeitgeber, der mehr als fünfzig Vollzeitbeschäftigte beschäftigt, seinen Mitarbeitern eine Krankenversicherung anbieten. Derzeit gelten diejenigen als Vollzeitkräfte, die pro Woche mindestens dreißig Stunden arbeiten. Die Republikaner wollen die Stundenzahl auf vierzig Stunden erhöhen, um Arbeitgeber zu entlasten.

Ein weiterer Schritt zur Aushöhlung der Gesundheitsreform ist die geplante Streichung der Steuer, die derzeit auf medizinische Geräte anfällt. Der Steuersatz liegt aktuell bei 2,3%. Die Hersteller der Geräte sehen die Steuer als Belastung, die sie dazu zwingt, finanzielle Einschnitte in den Bereichen Personal und Forschung zu machen. Auch Demokraten sehen die Steuer kritisch. Die erfolgreiche Durchsetzung dieses Vorstoßes scheint daher durchaus realisierbar.

## Einwanderungsreform – Obama im Alleingang

Kurz nach den *Midterm Elections* im November 2014 hatte Obama die US-Einwanderungspolitik im Alleingang, d.h. ohne die Zustimmung des Kongresses, reformiert. Per Dekret (*Executive Order*) bewahrte er so rund fünf Millionen Einwanderer ohne Papiere vor der Ausweisung. Harsche Kritik gab es von republikanischer Seite. Darüber hinaus klagten 17 US-Bundesstaaten unter der Führung von Texas gegen Obamas Dekret, da sie dieses als gesetzeswidrig einstufen.

Das Thema Einwanderungsreform wird wieder hochaktuell, wenn im Kongress im Februar der Haushalt des *Department of Homeland Security (DHS)* verabschiedet werden muss, da diese Behörde auch für Einwanderungen zuständig ist. Um einen Regierungsstillstand zu vermeiden, hatte der Kongress Ende 2014 ein Ausgabengesetz in Höhe von \$1,1 Billionen verabschiedet. Mit diesem Etat sollen bis September 2015 alle Bundesverwaltungen finanziert werden, mit Ausnahme des *DHS*. Hierüber wird bereits am 27. Februar 2015 erneut verhandelt. Diese vorgezogenen Budgetverhandlungen dienen als Druckmittel der Republikaner, die Obamas Einwanderungsreform mit einem niedrigeren *DHS*-Etat verhindern könnten. Mit dieser Strategie bewegen sie sich allerdings auf dünnem Eis – eine mutwillige Unterfinanzierung des *DHS* in Zeiten akuter Bedrohungen durch Terrorismus würde für viel Furore sorgen.



## US-Kubapolitik – Neustart oder Fehlstart?

Kurz vor Jahresende hatte Präsident Barack Obama einen drastischen Kurswechsel in der US-amerikanischen Kubapolitik angekündigt. Nach mehr als fünfzig Jahren Eiszeit wollten die USA und Kuba wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen. Neben der Eröffnung einer US-Botschaft in Havanna und der Lockerung von Reiseregulungen hat Obama angekündigt, das Handelsembargo gegen Kuba aufheben zu lassen. Hierzu bräuchte er allerdings die Zustimmung des Kongresses.

Doch republikanische Mandatsträger wie beispielsweise Senator Lindsey Graham, Senator Marco Rubio und auch der Sprecher des Repräsentantenhaus John Boehner haben sich sehr deutlich gegen Obamas Kurswechsel ausgesprochen. Sie wollen weder eine US-Botschaft in Havanna finanzieren, noch die Aufhebung des Handelsembargos genehmigen. Die Kritiker konstatierten, dass sich die Obama-Regierung auf einseitige Zugeständnisse einlasse, ohne im Gegenzug konsequentere Forderungen an Castro zu stellen. Die geplanten Schritte würden weder die wirtschaftliche Freiheit noch demokratische Reformen in Kuba unterstützen würden. Das Thema wird in diesem Jahr noch für reichlich Spannung sorgen.

## Multilaterale Handelsabkommen – Obama als Verhandlungsführer?

Die US-Regierung verhandelt derzeit über zwei bedeutende Handelsabkommen: die *Transpazifische Partnerschaft (TPP)* zwischen den USA und elf Ländern aus dem asiatisch-pazifischen Raum, sowie die *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)* zwischen den USA und der EU. Um die

Chancen auf einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zu erhöhen, will Präsident Obama vom Kongress eine Verhandlungsvollmacht (*Trade Promotion Authority*) erhalten. Mit dieser Vollmacht könnte die Obama-Administration die Abkommen im Alleingang verhandeln und die Ergebnisse anschließend dem Kongress vorstellen. Der Kongress könnte dem ausgehandelten Vertrag dann entweder zustimmen oder ihn ablehnen. Da die meisten Republikaner Befürworter von Freihandel sind, stehen die Chancen für Obama gut, eine *Trade Promotion Authority* zu erhalten. Widerstand gibt es allerdings von Anhängern der *Tea-Party* sowie von Demokraten, die die Handelsabkommen und somit auch die Verhandlungsvollmacht für Obama kritisch sehen.

### Der Präsident und der Kongress: Miteinander oder Gegeneinander?



Die amerikanischen Bürgerinnen und Bürger sind schon seit längerem unzufrieden mit der Arbeit des Kongresses. In den letzten zwei Jahren schwankte die Zustimmungsrate zwischen 9% und 20%.<sup>2</sup> Zu wenig Gesetze, zu viele Blockaden – so lautet die einhellige öffentliche Meinung. Die Amerikaner wollen einen Kongress, der sich in der Mitte trifft und effektiv arbeitet. Will die *GOP* im Jahr 2016 das Weiße Haus zurückerobern, muss sie jetzt beweisen, dass sie regierungsfähig ist. Doch die Republikaner befinden sich im Zwiespalt: Auf der einen Seite nutzen sie ihre Agenda, um ihre Wahlversprechen aus den *Midterm Elections* einzuhalten und sich im Hinblick auf den Präsidentschaftswahlkampf von den Demokraten abzusetzen; auf der anderen Seite werden sie als regierungsunfähig wahrgenommen, wenn sie ständig Projekte durchzudrücken versuchen, die von Präsident Obama mit einem Veto abgelehnt werden. Parteilinie oder Kompromisse? Die Republikaner werden diesen Balanceakt meistern müssen, um die Zustimmung der Bürger zurückzugewinnen.

Präsident Obama hat zwar keine Wahl mehr zu gewinnen, aber um den Demokraten für die Wahl 2016 den Rücken zu stärken, muss auch er seinen Beitrag leisten. Er hat geäußert, dass ihm viel daran liegt, gemeinsam mit dem Kongress zu arbeiten. Mit seinen unabgestimmten Vorstößen zur Einwanderungs- und Kubapolitik hat er aber bereits gezeigt, dass er sich von Blockaden im Kongress nicht aufhalten lässt. Die Republikaner halten rein gar nichts von seiner ‚One Man Show‘ und nutzen jede Gelegenheit ihn als kompromisslosen Egozentriker darzustellen. Trotz der Kritik scheint Obama an seiner Strategie festzuhalten, wie man an seinen Vetoplänen zur *Keystone XL Pipeline* und *Obamacare* sehen kann.

Präsident Obama hat zwar keine Wahl mehr zu gewinnen, aber um den Demokraten für die Wahl 2016 den Rücken zu stärken, muss auch er seinen Beitrag leisten. Er hat geäußert, dass ihm viel daran liegt, gemeinsam mit dem Kongress zu arbeiten. Mit seinen unabgestimmten Vorstößen zur Einwanderungs- und Kubapolitik hat er aber bereits gezeigt, dass er sich von Blockaden im Kongress nicht aufhalten lässt. Die Republikaner halten rein gar nichts von seiner ‚One Man Show‘ und nutzen jede Gelegenheit ihn als kompromisslosen Egozentriker darzustellen. Trotz der Kritik scheint Obama an seiner Strategie festzuhalten, wie man an seinen Vetoplänen zur *Keystone XL Pipeline* und *Obamacare* sehen kann.

Einen ersten Eindruck über das Zusammenspiel zwischen Präsident und Kongress wird die Öffentlichkeit bei der Nominierung der neuen Minister bekommen. Von Obama vorgeschlagen wurden Loretta Lynch als neue Justizministerin und Ashton Carter als neuer Verteidigungsminister. Der Senat muss den Personalentscheidungen des Präsidenten noch zustimmen. Die derzeitige Bundesanwältin Lynch genießt ein hohes Ansehen und wurde in der Vergangenheit immer überparteilich und mehrheitlich für ihre Posten vom Senat bestätigt. Diesmal könnte es allerdings kontroverser ablaufen: Einige Republikaner werden die Abstimmung über Lynch nutzen, um ihre Ablehnung gegenüber dem scheidenden

<sup>2</sup> <http://www.gallup.com/poll/1600/congress-public.aspx>



Justizminister Eric Holder und Präsident Barack Obama auszudrücken. Gleiches gilt für die Abstimmung über Carter: Obwohl man davon ausgeht, dass Carter als neuer Verteidigungsminister bestätigt wird, werden die Abstimmungen wohl nicht reibungslos verlaufen. Republikaner wollen die Anhörung als Plattform nutzen, um Kritik an Obamas nationaler Sicherheitspolitik zu üben.

Ob die neuen Machtverhältnisse die Politik in Washington, DC nachhaltig verändern, bleibt abzuwarten. Zum jetzigen Zeitpunkt – einen Monat, nachdem der neue Kongress seine Arbeit aufgenommen hat – sieht es ganz danach aus, als würde sich an der Konfrontationsstellung zwischen Präsident und Kongress kaum etwas ändern. Die Agenda der Republikaner und Obamas Veto-Drohungen lassen darauf schließen, dass auch in Zukunft eher gegeneinander statt miteinander Politik gemacht wird.

### US-Kongress: Welche Gesichter sollte man sich merken?

Im Senat haben Anfang des Jahres 54 Republikaner, 44 Demokraten und zwei unabhängige Senatoren ihre Arbeit aufgenommen. Davon sind 12 Senatoren neu im Amt. Im Repräsentantenhaus liegt die Verteilung bei 246 Republikanern und 188 Demokraten (1 Sitz vakant). Darunter sind 52 neue Abgeordnete.

Das neue Parlament gilt als so divers wie nie zuvor. Tatsächlich hält der legislative Arm der USA nur sehr langsam mit dem Wandel der amerikanischen Gesellschaft schritt. Mit 20 Senatorinnen und 84 weiblichen Abgeordneten sind so viele Frauen wie noch nie im Kongress vertreten; in Relation zur Gesamtbevölkerung bleiben sie im Kongress allerdings unterrepräsentiert. Bei der ethnischen Zusammensetzung sieht es ähnlich aus: Mit 83% Weißen, 9% Afroamerikanern, 6% Hispanics und 2% Asiaten spiegelt der Kongress längst nicht die ethnische Diversität der USA wider.

Im Jahr 2015 werden sowohl ‚alte‘ als auch ‚neue‘ Köpfe im Kongress relevant sein:



#### Senator Bob Corker (R-Tennessee)

Seit 2006 vertritt der 62-jährige Bob Corker den Bundesstaat Tennessee im Senat. Seit Anfang dieses Jahres hat er den **Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses im Senat** übernommen und wird somit im Mittelpunkt jeglicher außenpolitischer Debatten stehen, sei es beim iranischen Atomprogramm, dem Kampf gegen den IS-Terror oder bei Antworten auf russische Aggressionen in der Ukraine. Corker, der sich selbst als pragmatischen Außenpolitiker beschreibt, gilt als scharfer Kritiker von Obamas außenpolitischer Strategie. Er selbst plädiert für ein entschiedeneres Eingreifen in den Bürgerkrieg in Syrien, härtere Sanktionen gegen Russland sowie für Waffenlieferungen an die Ukraine.



#### Congressman Ed Royce (R-California)

Im Jahr 2013 wurde der 63-jährige Ed Royce zum **Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Kongress** benannt. Seinen Fokus wird er in diesem Jahr auf die Rolle der USA im Mittleren und Nahen Osten, im Ukraine-Konflikt und im asiatisch-pazifischen Raum legen. Ähnlich wie sein Kollege Bob Corker im Senat, kritisiert auch Royce Obamas Außenpolitik und fordert ein aggressiveres Vorgehen gegen den 'Islamischen Staat'. Darüber hinaus befürwortet er weitere Sanktionen gegen den Iran, falls die Verhandlungsrunden mit Teheran zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führen oder der Iran ein mögliches Abkommen verletzt. Ferner gilt Royce als

einer der vehementesten Unterstützer des Exports von amerikanischem Öl und Erdgas. Seiner Ansicht nach müssten die gegenwärtigen Bestimmungen, die den Export einschränken, baldmöglichst gelockert werden. Daher wird er in diesem Jahr mehrere Anhörungen abhalten, die die strategischen und wirtschaftlichen Vorteile des Exports unterstreichen werden.



#### Senator Orrin Hatch (R-Utah)

Schon seit 1977 vertritt der 80-jährige Orrin Hatch den Bundesstaat Utah im Senat und gilt damit als *Senior Senator*. Für den **Vorsitzenden des Finanzausschusses** werden in diesem Jahr vor allem die Themen (Frei-) Handel, Steuern und *Obamacare* wichtig. Da der Finanzausschuss für die Handelspolitik der USA zuständig ist, wird Hatch eine tragende Rolle bei den Handelsabkommen *TPP* und *TTIP* spielen. Obwohl Republikaner, wirbt er ganz eindeutig für die Erteilung einer Verhandlungsvollmacht (Trade Promotion Authority) für den Präsidenten. Laut Hatch sei diese unbedingt nötig, um die Abkommen erfolgreich abzuschließen und globale Herausforderungen aktiv anzugehen.



#### Congressman Don Beyer (D-Virginia)

Der 65-jährige Don Beyer vertritt seit diesem Jahr den 8. Wahlbezirk Virginias im Repräsentantenhaus. Der erfolgreiche Autohändler ist ein bekanntes Gesicht in Virginia und gilt als Politik-Veteran, da er von 1990 bis 1998 bereits das Amt des Vize-Gouverneurs in Virginia innehatte. Beyer hat Interesse geäußert dem *Ways and Means Committee*, also dem Ausschuss, der sich mit Haushalts-, Finanz- und Steuerpolitik befasst, beizutreten. Das Thema Klimawandel liegt ihm besonders am Herzen und er hofft, dass zukünftig überparteiliche Strategien in diesem Bereich entwickelt werden. Bezüglich der amerikanischen Waffengesetze hat er sich deutlich für schärfere ‚Background Checks‘ ausgesprochen. Bis 2013 war Beyer außerdem als **Botschafter der Vereinigten Staaten in der Schweiz und Liechtenstein**

tätig und könnte damit ein interessanter Partner für seine europäischen bzw. deutschen Amtskollegen werden.



#### Senatorin Joni Ernst (R-Iowa)

Die 44-jährige Joni Ernst setzte sich bei den *Midterm Elections* 2014 gegen den Demokraten Bruce Braley durch und zog als erste Frau für den Bundesstaat Iowa in den Senat. Das Rennen galt als äußerst spannend, da es in Iowa seit 1984 keinen offenen Senatsposten mehr gab. Ernst schaffte es, mit ausgefallenen Wahlkampf-Spots die Aufmerksamkeit der Wähler auf sich zu ziehen. Sie hat den Republikanern entscheidend zu ihrer Mehrheit verholfen und wurde umgehend zum ‚Star‘ der *GOP* gekürt. Die Farmerstochter und Kriegsveteranin vertritt eine klare konservative Linie und konzentriert sich vor allem auf **innenpolitische Themen**. Doch auch außenpolitisch hat sie bereits Stellung bezogen und sich eindeutig für die Handelsabkommen *TPP* und *TTIP* ausgesprochen.

**Congressman Robert Dold (R-Illinois)**

Der 45-jährige Robert Dold kommt aus einem demokratischen Bundesstaat und gilt selbst als moderater Republikaner. Er vertrat den 10. Distrikt von Illinois bereits von 2011 bis 2013 im Repräsentantenhaus; bei den *Midterm Elections* im November 2014 konnte er seinen Sitz zurückgewinnen. Mit Dold haben die Demokraten einen weiteren republikanischen Unterstützer für die Aufhebung des *Defense for Marriage Act*<sup>3</sup> (DOMA) hinzugewonnen. Mit der Unterzeichnung des *Respect for Marriage Act*, der DOMA ein Ende setzen soll, zeigt Dold, dass er auch abseits der offiziellen Parteilinie Politik machen kann. Dies hat er auch bei der symbolischen *Obamacare*-Abstimmung im Februar bewiesen. Mit zwei weiteren Republikanern hat er gegen die komplette Aufhebung der Gesundheitsreform gestimmt. Statt durch symbolische Abstimmungen Zeit zu verlieren, solle man an einer konservativen Alternative zum *Affordable Care Act* arbeiten, so Dold. Er will eine gemeinsame Basis mit den Demokraten finden, um den gegenwärtigen Teufelskreis der Blockadepolitik zu durchbrechen.

**Congresswoman Elisa Stefanik (R-New York)**

Seit diesem Jahr vertritt die erst 30-jährige Elise Stefanik New Yorks 21. Distrikt im Repräsentantenhaus und ist damit die jüngste Abgeordnete, die es je in den Kongress geschafft hat. Die Harvard-Absolventin arbeitete zuvor für die Bush-Regierung im Weißen Haus und engagierte sich im Wahlkampf für Tim Pawlenty and Paul Ryan. Stefanik will den Mindestlohn anheben und hat vorgeschlagen *Medicare*, die öffentliche Krankenversicherung für ältere (ab 65 Jahren) und behinderte Amerikaner, als Alternative zu Obamas *Affordable Care Act* auszubauen. Die Republikaner stecken in einer tiefen Image-Krise und haben Probleme, wichtige Wählergruppen, u.a. junge Amerikaner/-innen und Frauen, zu mobilisieren. Stefanik könnte ihnen aus dieser Krise heraushelfen. Mit ihr können die Republikaner zeigen, dass die Partei durchaus für junge Frauen attraktiv sein kann.

*Iris Froeba ist Programmreferentin des Transatlantischen Dialogprogramms der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit in Washington, DC*

**Fotos:** Wikimedia Commons /public domain

**Impressum**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)  
Bereich Internationale Politik  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam

---

<sup>3</sup> DOMA definiert die Ehe als Bund zwischen Mann und Frau. Außerdem besagt DOMA, dass Bundestaaten die gleichgeschlechtlichen Ehen anderer Staaten nicht anerkennen müssen.